Interpellation

Verwendung der Lenkungsabgaben
Personalwohnungen

Mit der Lenkungsabgabe auf Zweitwohnungen hat die Gemeinde bisher gegen zwei Millionen Franken eingenommen. Gemäss früheren Äusserungen des Kleinen Landrates sollen diese Gelder zur Unterstützung des Erstwohnungsbaus verwendet werden. Die Lenkungsabgabe ist in der Gemeindebuchhaltung bilanziert und wird von der Gemeinde verwaltet.
Die Sozialdemokratische Partei Davos möchte nun wissen, mit was für Massnahmen der Kleine Landrat sicherstellen will, dass diese Gelder zweckbestimmend eingesetzt werden.

Einige grössere Hotelbauten sind in der Planungsphase oder stehen unmittelbar vor der Realisierung. Es stellt sich nun die Frage, wo die Angestellten wohnen werden. Auch wenn nur ein Teil dieser Hotelprojekte realisiert werden, ist davon auszugehen, dass mehr als hundert Angestellte ihre Wohnung auf dem Erstwohnungsmarkt suchen müssen, da nicht vorgesehen ist, entsprechende Personalhäuser –wohnungen zu bauen. Da die Nachfrage nach günstigem Wohnraum steigen wird, werden die Mietpreise noch mehr ansteigen. „Bezahlbarer Wohnraum" wird kaum mehr erhältlich sein. Entsprechend unattraktiv wird es sein in Davos zu wohnen.

In diesem Zusammenhang stellen sich die folgenden Fragen:

- Wird die Gemeinde selber wieder Erstwohnungen erstellen und verwalten?
- Soll eine Stiftung oder Baugenossenschaft gegründet werden, die Wohnungen erstellt und verwaltet? oder
- Beteiligt sich die Gemeinde bei existierenden Baugenossenschaften?

Diese Stiftungen oder Baugenossenschaften müssten in jedem Fall von der Gemeinde kontrolliert werden, da es sich um öffentliche Gelder handelt.

- Besteht gemäss Baugesetz die Möglichkeit, die Bauherrschaft der neuen Hotels zu verpflichten, Personalwohnungen zu erstellen?
- Erachtet der Kleine Landrat allenfalls eine diesbezügliche Anpassung des Baugesetzes als sinnvoll?

Davos, 8. Mai 2009

Der Interpellant:

Josias Müller